



**Gemeinsam für
ein gutes Leben
in Oldenburg:
sozial und klimaneutral**



Kooperation der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Rat der Stadt Oldenburg 2021 bis 2026

Inhalt:

| | |
|--|----|
| Präambel | 4 |
| Verkehr | 5 |
| Soziales | 8 |
| Bauen und Stadtentwicklung | 11 |
| Kinder, Jugend, Familie | 14 |
| Bildung | 15 |
| Umwelt | 16 |
| Wirtschaft, Finanzen, Innenstadt | 18 |
| Kultur | 20 |
| Sport | 21 |
| Digitalisierung | 22 |

Präambel

Das Bündnis aus BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD macht sich mit dem vorliegenden Papier auf den Weg, Oldenburg nachhaltig und sozial zu gestalten. In dieser Ratsperiode werden wir durch konkrete Maßnahmen entscheidende Weichen zur Klimaneutralität 2035 stellen, die Umsetzung der Beschlüsse zum Klimaschutz (FFF-Prozess) begleiten und die soziale Teilhabe aller Menschen stärken. Die soziale Verträglichkeit aller Maßnahmen findet dabei besondere Berücksichtigung. Wir wollen besonders die Innenstadt und die Stadtteile in den Blick nehmen und weiterentwickeln. Die Bündnispartner haben sich das Ziel gesetzt, die Digitalisierung voran zu bringen und Oldenburgs Standortfaktoren für die Wirtschaft zu stärken. Zudem werden wir die Kultur und den Sport in Oldenburg fördern und allen Menschen weiter zugänglich machen.

Die Corona-Pandemie stellt unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Der größtmögliche Gesundheitsschutz für die Bürger*innen hat dabei weiterhin Priorität. Alle kommunalpolitischen Spielräume müssen genutzt werden, um allen ein gutes und leicht zugängliches Impfangebot vorzuhalten, auch mit dezentralen Angeboten in den Stadtteilen. Aufklärung, Sensibilisierung und Werbung muss ein wichtiges Element in der Stadtpolitik sein. Zum einen geht es darum, dass sich noch mehr Bürger*innen impfen lassen und das Angebot zur Auffrischungsimpfung in Anspruch nehmen. Zum anderen bleibt die Einhaltung der Corona-Regelungen und deren wirksame Kontrolle eine wichtige Aufgabe. Dafür brauchen die zuständigen Ämter ausreichend Personal.

Die Erfahrungen der letzten Monate in Deutschland und im Ausland haben gezeigt, dass umfassende Kontaktbeschränkungen – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – zu erheblichen psychischen Beeinträchtigungen führen können. Auch deshalb gibt es eine kommunalpolitische Verantwortung alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um einen weiteren Lockdown zu verhindern.

Die Bewältigung der Pandemieauswirkungen genießt Priorität. Es ist ein besonderes Anliegen der Bündnispartner, Angebote für Kinder und Jugendliche vorzuhalten, die in besonderem Maße von den Folgen der Pandemie betroffen sind.

Kultur, Sport und Ehrenamt werden weiterhin bei der Bewältigung der Pandemiefolgen unterstützt. Die Innenstadt werden wir durch die Umsetzung der Innenstadtstrategie stärken. Dies gilt gleichermaßen für die Belebung der Stadtteilzentren.

Wichtig ist den Bündnispartnern, dass die Lasten der Pandemie gerecht geschultert werden. Das Bündnis übernimmt soziale Verantwortung und wird den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken!

Verkehr und Mobilität

– Neue Wege gemeinsam gehen und schaffen

Die Partner wollen den Aufbruch zu einer klimaneutralen Mobilität vorantreiben. Der Verkehrssektor hat – auch in Folge des Bevölkerungswachstums der letzten Jahre – als einziger keinen Rückgang, sondern sogar eine leichte Zunahme bei den städtischen CO₂-Emissionen zu verzeichnen. Wir sind uns einig, dass sich dieser Trend nur durch eine Verminderung des motorisierten Individualverkehrs umkehren lässt und zwar sowohl durch eine Verminderung des Fahrzeugbestands als auch durch die Reduzierung der mit dem Pkw zurückgelegten Wege.

Die Mobilitätswende in Oldenburg müssen wir sozial gerecht gestalten, denn ein guter und barrierefreier Zugang zu Mobilität ist essentieller Bestandteil sozialer Teilhabe.

Der Rahmenplan Verkehr 2030 stellt ein strategisches Instrument zur Umsetzung der Mobilitätswende dar, dass wir um weitere Bausteine ergänzen wollen. Hier soll u. a. eine Gesamtverkehrsplanung des Innenstadtbereichs nach dem Vorbild Groningens („Groninger Autofilter“) erarbeitet werden. Diese längerfristige Planung wollen wir durch eine **schnelle Umsetzung von Sofortmaßnahmen** flankieren, die bereits in dieser Ratsperiode zur deutlichen Verbesserung der Infrastruktur für Fußgänger-, Fahrradfahrer- und Nutzer*innen des ÖPNV führen werden.

Dazu wird die Stadt auch in zusätzliches Personal für die Verkehrsplanung investieren müssen. Sollten die stadteigenen Planungskapazitäten trotzdem nicht ausreichen, können einzelne Maßnahmen und Projekte auch extern vergeben werden.

Die dringend benötigten Mittel hierfür und für den Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur wollen die Bündnispartner u.a. durch Umschichtungen aus dem Autostraßenbau, zusätzliche Einnahmen aus Parkgebühren und aus Überschüssen aus dem städtischen Haushalt bereitstellen.

Mehr Platz für Fußgänger- und Radfahrer*innen schaffen

Bei künftigen Verkehrsplanungen sowie Straßenbaumaßnahmen planen wir von außen nach innen. Fahrräder auf dem Fußweg sollen die Ausnahme sein, um einen Konflikt mit Fußgänger*innen zu vermeiden. Wir setzen auf separate Radwege und wo dies nicht möglich ist, auf durch farbige Markierungen, Piktogramme und bauliche Trennung sicher gestaltete Fahrradstreifen auf der Fahrbahn. Hier werden wir klare Vorgaben zur Mindestbreite, zum Fahrbahnbelag und zur Barrierefreiheit machen.

Die Verwaltung wird von uns beauftragt, ein Fahrradstraßennetz in Oldenburg zügig zu planen und umzusetzen, beginnend mit der **schnellen Identifikation geeigneter Straßen, die sofort und ohne große bauliche Maßnahmen zu Fahrradstraßen gemacht werden können**. So werden wir ein komfortables, schnelles und sicheres Fahrradstraßennetz schaffen, das die Stadtteile untereinander und mit der Innenstadt verbindet und in die Nachbarkommunen, bestenfalls als Radschnellwege, weitergeführt wird. Fahrradstraßen werden grundsätzlich Vorrang vor einmündenden Straßen haben und eine angemessene Breite aufweisen. Sie sind außerdem durch farbige Markierungen und Piktogramme zu kennzeichnen. Bei laufenden Asphaltierungsarbeiten ist jeweils zu prüfen, ob sich die sanierten Straßen für die Umwandlung in Fahrradstraßen eignen. Auch die Benennung von Fahrradzonen wird geprüft.

Intelligente Ampelschaltungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sollten die Regel sein (grüne Welle), allerdings ohne dabei die Vorrangschaltung für den ÖPNV zu beeinträchtigen. Im Sinne der Verkehrssicherheit wollen wir mehr Querungshilfen (Verkehrsinselfen).

Um das Lastenrad als mögliche Alternative zum Auto noch attraktiver zu machen, findet die nötige Fahrbahnbreite, ein angemessener Fahrbahnuntergrund sowie geeignete Abstellmöglichkeiten bei der Planung Berücksichtigung.

Fahrradstationen mit der Möglichkeit zum Laden von E-Bikes sind im Stadtgebiet auszubauen. Ferner wollen wir Sharing-Konzepte für Räder und Lastenräder umsetzen.

Um den Verzicht auf ein eigenes Auto zu ermöglichen, brauchen wir die Ausweitung des Carsharing-Angebots, in Zukunft bevorzugt mit E-Autos. Hierzu sollen Gespräche mit der Anbieterseite geführt werden.

ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) zur echten Alternative ausbauen

Der ÖPNV in Oldenburg bietet große Potenziale zur Verringerung von Autoverkehr. Wir wollen das Angebot nicht nur deutlich ausbauen, sondern gleichzeitig eine günstigere Tarifgestaltung etablieren: Zur Beschleunigung des Stadtbusverkehrs werden – wo dies möglich ist – Busspuren eingerichtet. Zusätzliche Querverbindungen zu den bestehenden Linien erhöhen die Attraktivität des Busverkehrs. Die Verbindungen ins Umland sollen deutlich mehr Ziele in schnellerer Taktung ansteuern. Die Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme in Bussen soll ausgeweitet werden und die Nutzung des ÖPNV durch die Einführung preisgünstigerer Tarife, wie etwa dem 365-Euro-Ticket, für die Bürger*innen deutlich wirtschaftlicher gestaltet werden.

Außerdem setzen die Partner auf die Reaktivierung der Stadtteilbahnhöfe in Osternburg, Krusenbusch und Ofenerdiek. Weitere Bahnhaltepunkte sollen geprüft werden. Ziel ist es, ein S-Bahn-Netz in Oldenburg zu etablieren und an den Haltepunkten Schnittstellen zu den anderen Mobilitätsformen zu schaffen.

Da die Bahn nicht unter kommunaler Verantwortung steht muss sich die Stadt gegenüber Bund und Land dafür einsetzen.

Autoverkehr intelligent steuern und vermeiden

Um die Pendlerverkehre zu reduzieren und um eine bessere Erreichbarkeit der Innenstadt herzustellen, braucht Oldenburg ein modernes, leistungsfähiges und preisgünstiges Park&Ride-Angebot. Am Stadtrand sollen Stellplatzanlagen entstehen, die über Shuttlebusse direkt an die Innenstadt angebunden werden. Diese können auch zu Mobilitätspunkten mit Schnittstellen zu anderen Mobilitätsformen (z. B. S- und Regionalbahn-Haltepunkten, Bike- oder E-Roller-Sharing) ausgebaut werden.

Die Partner sind sich einig, dass in Oldenburg über die Wohn- und Wohnsammelstraßen hinaus auch auf Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 eingeführt werden soll. Voraussetzung dafür ist eine klare Regelung auf Bundesebene für die Umsetzung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen. Die Einführung in Oldenburg soll von innen nach außen erfolgen. Auf dem Innenstadtring und auf den engeren Hauptverkehrsstraßen im innenstadtnahen Bereich soll Tempo 30 eingeführt werden, insbesondere um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Radfahrern die Nutzung der Straße zu erleichtern. Auf den Ausfallstraßen soll grundsätzlich weiter Tempo 50 gelten. Zur Reduzierung der Lärmbelastung und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit kann für einzelne Streckenabschnitte Tempo 30 angeordnet werden.

Die Durchgangsverkehre in Wohnvierteln wollen wir durch bauliche Maßnahmen und verkehrliche Regelungen reduzieren, etwa durch Spielstraßen, Pocket-Parks, Sackgassen, Anliegerzonen und Einbahnstraßenregelungen.

Die Partner setzen grundsätzlich auf weniger Parkfläche, um mehr Platz für die anderen Verkehrsteilnehmer*innen zu schaffen. In neuen Quartieren sollen weniger Parkplätze entstehen. Öffentliche Parkplätze im erweiterten Innenstadtbereich sollen schrittweise reduziert werden. Daneben setzen wir auf eine sozial verträgliche Erhöhung der Parkgebühren im Innenstadtbereich, in Verbindung mit einem verbesserten ÖPNV-Angebot, um eine Lenkungswirkung zu erzielen. Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf an die Innenstadt angrenzende Quartiere sehen wir als notwendig an. Die Gebühren für Anwohnerparkausweise werden deutlich erhöht und wir befürworten eine Staffelung nach Größe und/oder Gewicht des jeweiligen Autos.

Lieferverkehre in der Stadt wollen wir durch die Entwicklung eines Stadtlogistikkonzepts mit Hub-Lösungen am Stadtrand und Micro-Hubs in der Innenstadt und den Stadtteilen minimieren.

Aktuelle Verkehrsprojekte in Oldenburg

Entlastungsstraße Fliegerhorst

Den Bau der Fliegerhorststraße und dessen Erforderlichkeit beurteilen die Partner sehr unterschiedlich. Beide haben sich darauf verständigt, dass bis zur rechtskräftigen Beendigung der gegen die Fliegerhorststraße anhängigen Klageverfahren ein Moratorium für Baumaßnahmen und Aufträge inkl. vorbereitender Maßnahmen wie z.B. Baumfällungen eingehalten wird. Planungsaufträge, etwa für die Einwerbung von Fördermitteln, sind zuvor möglich. Dies gilt nur für den strittigen Bauabschnitt zwischen dem Fliegerhorstquartier und der Ammerländer Heerstraße, nicht für den unstrittigen Teil zwischen Alexanderstraße und Fliegerhorstquartier. Beide Parteien werden die Verwaltung über einen gemeinsam zu treffenden Ratsbeschluss dazu anweisen. Die Bündnispartner sichern zu, Haushaltsbeschlüsse für die Planung und den Bau mitzutragen. Außerdem vereinbaren die Partner, nach einem eventuellen Bau der Straße, die freien Naturflächen, die zw. Ammerländer Heerstr., Posthalterweg, Am Heidbrook, Brookweg mit Verlängerung (Radweg), Picoplant und Fa. Ullmann liegen so weit wie möglich unter Landschaftsschutz zu stellen.

Höhengleiche Bahnübergänge

Beide Partner wollen die höhengleichen Bahnübergänge im Stadtgebiet (Stedinger Straße, Ofenerdiek und Bremer Heerstraße) beseitigen. Die Gespräche dazu mit der Bahn sind zu intensivieren.

Cäcilienbrücke

Die Cäcilienbrücke soll in der derzeit geplanten Form gebaut werden, also autofähig, schon allein um die Passage von Bussen und Rettungsfahrzeugen auch in Zukunft zu ermöglichen. Die Zeit bis zur Fertigstellung des Ersatzbaus soll genutzt werden, um den Damm und den vorderen Bereich der Bremer Straße verkehrsberuhigt und fahrradfreundlich umzubauen.

Cloppenburger Straße

Die Planung für die Cloppenburger Straße wird grundsätzlich dahingehend überarbeitet, dass sie durchgängige Busspuren vorsieht und den besonderen Erfordernissen der Rettungswagenverkehre zum Klinikum Rechnung trägt.

Neue Verbindungen für Radfahrende und Fußgänger*innen schaffen

Beide Partner sprechen sich dafür aus, Verbindungsbrüche für den Radverkehr anzugehen. Die Stadtverwaltung erhält einen Prüfauftrag, um eine entsprechende Aufstellung zu erarbeiten und einen Vorschlag für die Priorisierung zu machen. Es sind Unterführungen oder alternative Querungsmöglichkeiten zu schaffen, etwa in Krusenbusch, an der Doktorsklappe und am Fleiweg für Rad- und Fußverkehr. Eine temporäre Fährverbindung zur Huntequerung während des Ersatzbaus für die Autobahnbrücke soll geprüft und gegebenenfalls dauerhaft betrieben werden.

Soziales

Oldenburg als soziale Stadt

Wir entwickeln Oldenburg als soziale Stadt weiter. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, sozialem Status, Lebensform und sexueller Orientierung haben alle Menschen ein Recht und Anspruch auf Respekt und Teilhabe. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Gruppierungen und persönlicher Form ist der Kitt für unseren sozialen Zusammenhalt. Dieses Engagement werden wir stärken und sichtbarer machen. Die Beteiligung aller Bürger*innen werden wir weiterentwickeln beispielsweise durch die Einrichtung von Bürger*innenforen.

Gleichstellung fördern – Frauen stärken

Die Gleichstellung aller Geschlechter bleibt auch in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe. Nach wie vor sind Männer in sozialen Berufen unterrepräsentiert, und der hohe Anteil in Teilzeit beschäftigter Frauen im öffentlichen Dienst und in Privatunternehmen zeigt uns ebenfalls, dass Gleichstellung bei weitem nicht selbstverständlich ist.

Deshalb setzen wir uns auch in den kommenden Jahren für mehr Gleichstellung ein. Dabei werden wir – wo möglich – Anreize setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. In der Verwaltung fordern wir daher eine Frauenquote von mindestens 50% in allen Führungsebenen. Durch Fortbildung und Sensibilisierung wollen wir eine entsprechende Führungskultur unterstützen. Zudem unterstützen wir bedarfsgerechte Arbeitszeitmodelle, insbesondere in der Stadtverwaltung. Gute Beispiele für Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, Betreuungsangebote und Karrieremöglichkeiten aus der Privatwirtschaft und Verwaltung werden wir als Orientierungshilfe sichtbar machen. Nach wie vor sind Männer in sozialen Berufen unterrepräsentiert. Hier wollen wir mit gezielten Programmen entgegen wirken.

Weltweit soll mit der sogenannten Istanbul-Konvention Gewalt gegen Frauen entgegen getreten werden. Mit dem „Kommunalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen* und häusliche Gewalt“ leistet Oldenburg auf kommunaler Ebene seinen Beitrag. Den Aktionsplan werden wir weiter umsetzen. Im Hinblick auf Prävention wollen wir dafür Sorge tragen, dass Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialsektor Partner*innengewalt besonders in den Blick nehmen. Auch im Bereich der Beratung und Intervention wollen wir die kommunalen und freien Träger besser unterstützen. Grundsätzlich muss das Autonome Frauenhaus qualifiziert und ausgebaut werden (z.B. Barrierefreiheit). Kurzfristig sollen Wohnungen und Angebote für Frauen, die aus häuslicher Gewalt fliehen, vorgehalten werden, damit diese nicht länger als nötig im Frauenhaus verweilen müssen und die Einrichtung damit entlastet wird. Frauen mit Beeinträchtigungen bedürfen des besonderen Schutzes. Hierfür wollen wir spezielle Angebote vorhalten.

Inklusion

Die Bündnispartner stehen für eine inklusive Gesellschaft. Inklusion ist ein Menschenrecht, das wir in der Stadt Oldenburg sowohl finanziell, als auch durch politische Rahmenbedingungen flankieren. Neben Maßnahmen zur Inklusion in Kultur, Wohnen und Schule wollen wir die inklusive Erwerbsarbeit fördern. Wir starten bei den Arbeitgeber*innen eine Werbeoffensive für das Budget für Arbeit sowie Ausbildung. Betriebe, die sich zur Inklusion bekennen und diese leben, sollen bei Auftragsvergaben durch die Öffentliche Hand besonders berücksichtigt werden. Der „Kommunale Aktionsplan Inklusion“ wird weiter als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern umgesetzt.

Die wichtige Arbeit des Behindertenbeirats unterstützen wir nach Kräften. Dessen Vorschläge und Handlungsempfehlungen werden von Verwaltung und Politik möglichst schnell umgesetzt.

Die Informationsflüsse werden unter Berücksichtigung von Partizipation der Betroffenen barriereärmer gestaltet.

Stadtteile und Quartiere als Lebensraum ausbauen und Teilhabe stärken

Wir unterstützen die Quartiersarbeit und fördern den Ausbau der Gemeinwesenarbeit, Quartiersprojekte, die Digitalisierung und die Umsetzung des Konzepts „Orte für alle“ (z.B. Treffpunkte, Nutzung gemeinsamer Räume, Stadtteilhäuser).

Frühe Hilfen in Erziehungs-, Bildungs- und Alltagsfragen zählen zur Präventionsberatung und sollen als Teil der Stadtteilarbeit ausgebaut werden.

Wir begrüßen die Etablierung der unabhängigen Teilhabeberatung EUTB nach dem Bundesteilhabegesetz. Sie soll ebenso wie die kultursensible Altenhilfe und andere niedrigschwellige Angebote fester Bestandteil des Beratungsnetzes werden.

Nicht nur in Folge von Corona wollen wir neue Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt schaffen und bestehende stärken. Soziales Wohnen beinhaltet für uns nicht nur „bezahlbares Wohnen“, sondern auch familiengerechtes, senior*innengerechtes und möglichst barrierefreies Wohnen in einem inklusiven Wohnumfeld. Die Quartiere werden inklusiv ausgestaltet. Bei baulichen und anderen kommunalen Maßnahmen muss Inklusion in allen Stadtteilen berücksichtigt werden.

Im öffentlichen Raum ermöglichen wir in Form des Konzeptes „Orte für Alle“ mehr sozialen Austausch und schaffen Begegnungsflächen. Wir setzen uns weiterhin für die Maßnahmen des Leitfadens „Oldenburg barrierefrei“ ein.

Menschen mit Fluchterfahrung Perspektiven bieten

Menschen mit Fluchterfahrung sind in Oldenburg willkommen. Wir wollen ihnen Perspektiven geben. Deshalb arbeiten wir an der Fortschreibung und Umsetzung des Integrationskonzepts für Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung. Unabdingbar ist für die Bündnispartner eine schnelle und dezentrale Unterbringung der Menschen, sowie ein engmaschiges Betreuungsangebot. Neben Maßnahmen der Integration muss es auch psychologische Unterstützung geben. Zivilgesellschaftliches Engagement werden wir weiterhin unterstützen.

Altersgerechte Unterstützung – gern älter werden in Oldenburg

Eine höhere Lebenserwartung, der höhere Anteil an Ein-Personen-Haushalten und der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben erfordern ein gutes Versorgungskonzept mit niedrigschwelligen Anlaufstellen und Angeboten, haushaltsnahen und pflegerisch-medizinischen Dienstleistungen. Ausgehend vom „Konzept zur Sicherung, Versorgung, Pflege und Wohnen im Stadtteil und Quartier für Jung und Alt“ wollen wir in allen Stadtteilen generationsübergreifende Wohn- und Versorgungskonzepte fördern. Wir ermöglichen mehr Begegnung und Beratung. Die offene Altenhilfe als niedrigschwellige Anlaufstellen in den Stadtteilen bauen wir aus, u.a. um Einsamkeit im Alter entgegenzutreten. Zudem unterstützen wir „Wohnen für Hilfe“ und Wohnungstauschprojekte. Wir fördern Diversität (Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung) in allen Bereichen der Altenhilfe. Darüber hinaus unterstützen wir Konzepte rund um das Thema „Alter und Digitalisierung“ (Telemedizin, Telegesundheit, digitale Treffpunkte).

Die ambulante und teilstationäre Versorgung (Tagespflege), Nachtpflege und Reha-Angebote sollen mehr in den Fokus rücken und Versorgungslücken schließen. Dies gilt auch für Angebote der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, die bei auskömmlicher Finanzierung wieder vermehrt von den stationären Einrichtungen vorgehalten werden sollen.

Ein weltoffenes und buntes Oldenburg

Unsere Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass menschenfeindliche Aussagen und Kundgebungen keinen Platz haben. Jeglicher Form von Diskriminierung treten wir entschlossen entgegen. Wir stellen auch weiterhin ausreichend erforderliche Finanzmittel für Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit zur Verfügung und werden Mittel für Aufklärung bereitstellen. Weiterhin bekämpfen wir alle Formen des auch in unserer Stadt zunehmenden Antisemitismus. Hier ist es notwendig, Aufklärung zu betreiben und eine gesellschaftliche Sensibilität zu schaffen. Dies gilt ebenso im Hinblick auf Verschwörungsideologien. Wir unterstützen das Engagement von Vereinen und Gruppierungen, die sich für eine solidarische und tolerante Gesellschaft einsetzen.

Oldenburg soll Teil des Rainbow-City-Networks werden. Wir fördern die Bewerbung der Stadt Oldenburg. Bestehende queerpolitische Strukturen sehen wir als wesentliche gesellschaftliche Akteure. Ihre Arbeit ist wichtig für unsere Stadtgesellschaft, weshalb wir sie weiterhin unterstützen.

Gesundheit als kommunale Daseinsvorsorge

Dem städtischen Gesundheitsamt ist während der Pandemie eine große Bedeutung beizumessen. Wir wollen eine ausreichende personelle und eine bessere digitale Ausstattung. Der bundesweite „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ bietet hierfür die geeignete Grundlage. Wir stärken präventive Maßnahmen, die ambulante Versorgung und Rehabilitation. Wir unterstützen Maßnahmen, um Anreize zu schaffen, damit Fachkräfte im Gesundheitswesen bleiben und neue gewonnen werden. Wir stärken weiterhin das städtische Klinikum auch mit ihren Neubauprojekten und den Ausbau der Universitätsmedizin (European Medical School). Wir fördern niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung. Menschen mit seelischer Behinderung/psychischer Erkrankung müssen mehr in den Fokus einer inklusiven Stadt rücken. Die Lücken in der sozialpsychiatrischen Versorgung wollen wir schließen. Wir setzen uns für die zeitnahe Umsetzung des Konzepts „Niedrigschwellige Wohnungslosen- und Suchthilfe“ für Menschen in besonderen Krisensituationen ein. Die Einrichtung eines Druckraums muss zügig umgesetzt werden. Wir unterstützen besonders dezentrale Aufklärungs- und Informationskampagnen zur Erhöhung der Impfquote gegen das Corona-Virus.

Gegen Armut und Obdachlosigkeit

Wir benötigen im Rahmen der handlungsorientierten Sozialberichterstattung einen Sonderbericht „Armut und Reichtum in Oldenburg“, um auf wissenschaftlicher Grundlage frühzeitig und gezielt gegen Kinderarmut und drohende Altersarmut agieren zu können. Für die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut soll eine städtische Strategie entwickelt und dazu ein Runder Tisch gegründet werden.

Unterkünfte für wohnungs- und obdachlose Menschen müssen angemessenen Standards entsprechen und sollten unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Mit dem bestehenden Konzept „Niedrigschwellige Wohnungslosen- und Suchthilfe“ wollen wir u.a. die ambulante Wohnungslosenhilfe ausbauen und „Housing First“ weiter fördern. Wir treten dem „Grauen Wohnungsmarkt“ weiter entschieden entgegen.

Bauen und Stadtentwicklung – erhalten und gestalten

Liegenschaften der Stadt sanieren – Energie sparen und erzeugen

Die beiden Bündnispartner setzen neue Maßstäbe zum Thema Klimaschutz für den zukünftigen Gebäudebestand der Stadt. Neue Gebäude sollen ab sofort mindestens mit dem Standard Effizienzhausstufe 40 gebaut werden. Bei der Sanierung von bestehenden Liegenschaften wird der bestmögliche energetische Standard angestrebt. Photovoltaikanlagen auf den Dächern werden zum Standard.

Ein Sanierungsplan mit dem Ziel, dass jährlich mindestens 4% der Bestandsgebäude saniert werden, soll schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Bei zukünftigen Sanierungen muss zudem bereits frühzeitig geprüft werden, ob die Stadt die planerischen Leistungen zeitnah umsetzen kann. Sollte dies nicht der Fall sein, so sind entsprechende Leistungen extern zu vergeben. Der Sanierungsplan impliziert zudem die Aufstellung einer Prioritätenliste zur Sanierung. Prioritär sind die Gebäude, die mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel CO₂-Ersparnis bringen. Durch diese Maßnahmen wird die CO₂-Bilanz der Stadt Oldenburg schnellstmöglich verbessert.

Zeitgemäße Flächennutzung und Bauleitplanung

Der Flächennutzungsplan der Stadt Oldenburg wird überarbeitet. Dabei liegt das Augenmerk darauf, dass planerisch neue bebaubare Flächen an der einen Stelle, konsequenter Weise zur Reduzierung bebaubarer Flächen an anderer Stelle im Stadtgebiet führen.

Die Planung muss außerdem die nötigen Klimawandelanpassungen, wie Schutz vor Starkregengefahren und Frischluftschneisen enthalten und bei der Grünflächenplanung auch eine Strategie zur Erhaltung der Artenvielfalt verfolgen. Flächen, die nicht im Eigentum der Stadt stehen, werden grundsätzlich erst dann zu einem konkreten Bebauungsplan weiterentwickelt, wenn sie zuvor überwiegend an die Stadt Oldenburg veräußert wurden. Auf diesem Wege werden Gewinne aus Grundstücksentwicklungen zu Bauland größtenteils solidarisiert.

Bei der späteren Vergabe von Grundstücken durch die Stadt, soll vom Instrument des Erbbaurechts Gebrauch gemacht werden. Zur konkreten Ausgestaltung der Varianten des Erbbaurechts hatte der letzte Rat bereits wegweisende Beschlüsse auf den Weg gebracht.

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und beim Schließen von städtebaulichen Verträgen sollen energetische Standards und Klimaschutzmaßnahmen einen höheren Stellenwert erhalten. Außerdem soll im Rahmen von Vergabeverfahren bei der Bewertungsmatrix für Investorengrundstücke der Klimaschutz in der Punktevergabe den Punkten für den geförderten Wohnungsbau gleichgestellt werden. Die Belegung der technisch sinnvollen Dachflächen mit Solaranlagen ist hierbei für beide Bündnispartner selbstverständlich. An der bereits bestehenden Quote für den geförderten Wohnungsbau halten die Bündnispartner ausdrücklich fest.

Die Bündnispartner wollen die Stadt in die Lage versetzen, aggressive Nachverdichtung und zusätzliche Versiegelung besser kontrollieren zu können.

Zu diesem Zweck können bestehende Bebauungspläne (in dringenden Fällen nach vorheriger Veränderungssperre) überarbeitet werden oder nach vorheriger Prüfung der ortsüblichen Bebauung ganz aufgehoben werden. Durch die Aufhebung kommt §34 BauGB zur Anwendung, der der Stadt die Möglichkeit gibt, nur Bauanträge zu genehmigen, die den Gebietscharakter des jeweiligen Quartiers nicht grundlegend verändern.

In einem zweiten Schritt können dann neue Bebauungspläne aufgestellt werden. Durch die geplante zukünftige Begrenzung der Bebauungsdichte (GRZ und GFZ) werden im Ergebnis Grundstückspreise wieder mehr von den Bestandsgebäuden abgeleitet und nicht vom zulässigen Bauvolumen. Außerdem soll in neue Bebauungspläne der bereits in Arbeit befindliche Musterfestsetzungskatalog eingearbeitet werden.

Wir schützen damit die gewachsenen Strukturen in den Wohnvierteln und schieben der Grundstückspekulation in den für Oldenburg typischen Gebieten mit Einfamilienhäusern einen größtmöglichen Riegel vor.

Außerdem soll durch eine zielgerichtete Anwendung der Grundsteuer-C der Nichtnutzung bereits bebaubarer Grundstücke zu Spekulationszwecken entgegengewirkt werden.

Im Bereich Weißenmoor/Südbäke soll durch entsprechende Planungen eine moderate Bebauung ermöglicht werden, wobei besonderes Augenmerk auf eine geringe Versiegelung im Verhältnis zum geschaffenen Wohnraum gelegt werden soll.

Die Bebauung soll überwiegend Wohnraum im geförderten Wohnungsbau schaffen. Doppelhäuser, Reihen- und Kettenhäuser sind in Betracht zu ziehen, um den Flächenverbrauch im Verhältnis zum geschaffenen Wohnraum gering zu halten.

Damit das Gebiet als kühlende Frischluftschneise für Oldenburg dauerhaft erhalten bleibt, ist entscheidend, dass das Landschaftsschutzgebiet Bestandsschutz genießt und die verabschiedete Rahmenplanung insgesamt nicht angetastet wird.

Insbesondere der Randstreifen zur Grenze des Landschaftsschutzgebietes entlang des Scheidewegs und des Bürgerbuschwegs werden nicht für eine Bebauung zur Verfügung gestellt.

Die Bündnispartner legen fest, dass in der Ratsperiode 2021 bis 2026 nicht alle potentiellen Flächen der Rahmenplanung einer Bebauung zugeführt werden können, sondern explizit nur folgende Flächen mit abnehmender Priorität:

1. Im Bereich Südbäke hat das mögliche Bebauungsgebiet zum Errichten eines Regenrückhaltebeckens oberste Priorität. Bei den späteren Baufeldern soll als zentraler Aspekt die Grünflächenerhaltung im Fokus bleiben (Landschaftsfenster Südbäkenniederung).
2. Die städtischen Flächen rückwärtig zum Scheideweg sollen in die neue städtische Wohnungsbaugesellschaft eingebracht und dann einer nachhaltigen Bebauung zugeführt werden.
3. Der Planungsbereich am Sackhofsweg, auf dem derzeit das bekannte Maislabyrinth und einige Bestandsgebäude zu finden sind, kann grundsätzlich einer Bebauung zugeführt werden. Entscheidend für die weitere Entwicklung ist allerdings, dass die Stadt Oldenburg zuvor den überwiegenden Teil (ohne Bestandsgebäude) ankauft. Der kleine Teilbereich am Ende des Bürgerbuschwegs am Sackhofsweg darf in dieser Ratsperiode nicht entwickelt werden.

Umbau der Wärmeversorgung – Heizen mit Strom

Die Bündnispartner stehen zu dem Ziel die Stadt Oldenburg spätestens 2035 klimaneutral zu machen. Aus Sicht von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dabei in Zukunft besonderes Augenmerk auf eine CO₂-freie Wärmeversorgung zu legen. Dies kann beispielsweise durch kalte Nahwärmenetze in den Quartieren erfolgen. Außerdem ist zu prüfen, ob zukünftig überhaupt noch Gasleitungen in Neubaugebieten verlegt werden müssen. Dazu soll eine stadtweite Wärmeplanung inklusive der gegebenenfalls dafür nötigen Überarbeitung des Flächennutzungsplans erfolgen.

In zukünftigen Neubaugebieten müssen etwaige Flächen für eine zentrale Wärmeversorgung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens explizit berücksichtigt werden. Außerdem sollen schon bestehende Bebauungspläne (z. B. auf dem Fliegerhorst) diesbezüglich geprüft und gegebenenfalls entsprechend überarbeitet werden. Auch in Altquartieren sollen Flächen für eine zentrale Energieversorgung identifiziert werden.

Ein kommunales Förderberatungsangebot unterstützt zudem Privatpersonen bei der Sanierung von Gebäuden und Heizungsanlagen.

Geförderten Wohnungsbau in der Stadt sichern und stärken

Die Bündnispartner verfolgen das Ziel bestehenden sozialen Wohnraum im Sinne der niedersächsischen Wohnraumförderbestimmungen in Oldenburg dauerhaft zu sichern und weiteren Wohnraum in diesem Preissegment zu schaffen.

Zur Erreichung dieses Ziels haben sich die Bündnispartner zwei Bausteine für die nächsten fünf Jahre vorgenommen:

1. Die Stadt Oldenburg gründet eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zur dauerhaften Sicherung des geförderten Wohnungsbaus im Eigentum der Stadt Oldenburg. Die Struktur soll schnellstmöglich zwischen Politik und Verwaltung erarbeitet werden. Im Rahmen der Gründung dieser Gesellschaft soll zudem geprüft werden, ob diese zukünftig auch als Verwalterin der Klävemann-Stiftung fungieren kann. Als Kooperationspartnerin in der städtischen Wohnungsbaugesellschaft könnte die GSG OLDENBURG fungieren (Planung, Bau, Verwaltung).
2. Die Bündnispartner setzen sich für den dauerhaften Erhalt der Klävemann-Stiftung ein. Der Wohnungsbestand muss unbedingt modernisiert und energetisch saniert werden. Außerdem soll, wenn möglich durch Nachverdichtung oder Aufstockung eine Erweiterung des Bestandes erreicht werden. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Stiftung muss nach Möglichkeit das Mietniveau angemessen erhöht werden. Außerdem wird die Verwaltung mit der Prüfung der Satzung beauftragt, um perspektivisch einen echten Vorstand zu etablieren.

Klimaschutz und Klimawandelanpassung mitdenken

Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines Klimawandelanpassungsplans (Schwammstadt) beauftragt. Außerdem soll im Rahmen der Stadtgrün- und Baumerhaltstrategie ein Anreizprogramm zur Entsiegelung von Grundstücksanteilen (Auffahrten/Steingärten etc.) geschaffen werden. Weiterhin wird die Verwaltung aufgefordert, den Weg zur Klimaneutralität mit konkreten Maßnahmen darzustellen. Die Klimaauswirkungen von Großprojekten werden von der Verwaltung quantifiziert.

Parkraum in Quartiersgaragen schaffen

Den Bündnispartnern ist der Umbau hin zu einer nachhaltigen Mobilität in Oldenburg wichtig. Ein Baustein soll der Bau von Quartiersgaragen im Stadtgebiet sein, beginnend im Quartier auf dem alten Fliegerhorst. Die Stadt soll diese Garagen nicht nur bauen, sondern auch dauerhaft betreiben. Nur so kann eine nachhaltige Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote, wie zum Beispiel Bike- und Car-Sharing, dauerhaft sichergestellt werden.

Familie, Kinder, Jugend

Familien stärken durch bedarfsgerechte Unterstützung!

Wir setzen uns weiterhin für ein familienfreundliches Oldenburg ein. Die Belange verschiedener Lebenssituationen in den Familien müssen stets mitgedacht werden. Alle Familienformen werden bei Bedarf durch Jugendamt, Familienberatungs- und Fachberatungsstellen unterstützt. Hierfür wird eine Bedarfsanalyse erstellt, damit passende Angebote entwickelt werden.

Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung und Kinderschutz

Alle Kinder in der Stadt Oldenburg sollen ihr Potential voll ausschöpfen können. Deshalb stehen wir unter anderem für die bedarfsgerechte, inklusive, qualifizierte und verlässliche Betreuung in Krippen und Kindergärten. Das wird ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit sein, denn bei unseren Kleinsten werden die wichtigsten Weichen für ihr ganzes Leben gestellt.

Kinder haben ein Recht auf Sicherheit und brauchen besonderen Schutz. Dieser Schutz wird Leitlinie der zuständigen Ämter sein. Die Präventionsarbeit zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen werden wir weiterhin unterstützen. Alle Kinder sollen unbeschwert aufwachsen können.

Räume für Jugendliche schaffen und stärken

Die Bündnispartner stehen zur Umwandlung der Schule am Bürgerbusch zum neuen Haus der Jugend. Die wichtige Arbeit der Jugendverbände unterstützen wir weiterhin. Jugendliche können sich in ihren Verbänden gemeinsam besser für ihre Interessen einsetzen und voneinander lernen. Diese Strukturen ermöglichen die Entwicklung junger Menschen. Vor allem nach den Monaten der Pandemie brauchen Jugendliche mehr gute Räume für sich. Die Arbeit im „Haus der Jugend“ unterstützen wir nachdrücklich.

Ergänzend zu den bestehenden Angeboten werden wir Jugendeinrichtungen in Stadtteilen integrieren, wo noch keine Jugendfreizeitstätten vorhanden sind. Den Bündnispartner ist es hierbei wichtig, dass es sowohl Räume für die einzelnen Nutzer*innengruppen als auch Räume zur gemeinsamen Nutzung gibt.

Kinder und Jugendliche beteiligen

Wir verschaffen Kindern und Jugendlichen mehr Gehör. Die Bündnispartner werden sich für innovative Möglichkeiten der Jugendbeteiligung einsetzen. Besonders wollen wir die Beteiligung bei den Themen Stadtentwicklung, Begegnungsorte, der Verkehrsplanung und dem Klimaschutz stärken. Das Kinder- und Jugendbüro wird in seiner Arbeit gestärkt, um neue Prozesse gezielt zu fördern.

Beteiligung und Teilhabe

Wir werden die politische Bildung, auch auf kommunaler Ebene, stärken. Kommunalpolitische Prozesse müssen stärker in den Blickpunkt gerückt werden, damit alle Menschen ihre Rechte ausüben können. Wir gestalten Beteiligung und Teilhabe digitaler. Dazu sollen in einem ersten Schritt alle Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse, soweit sie öffentlich sind, live ins Internet übertragen werden und anschließend zum Abruf in einer Mediathek bereitstehen. Gerade in Zeiten der Pandemie sehen wir dies als wichtigen Schritt an.

Oldenburg kind- und jugendgerecht gestalten

Die Bündnispartner setzen sich für eine „Spieleleitplanung“ ein, damit die Bewegungs-, Aufenthalts- und Spielräume erfasst und kindgerecht gestaltet werden.

Sport- und Freizeitstätten sind wichtige Orte für Jugendliche. Dort können sie gemeinsam aktiv und kreativ sein. Die Freizeitstätten müssen personell und sachlich gut ausgestattet sein. Die Pläne für das Außengelände des Vereins Backyard e.V. können zu einem Leuchtturmprojekt (Rollsport) für die Region werden. Die Pläne werden wir positiv begleiten.

Wir setzen uns für die Schaffung und den Ausbau von Spiel- und Treffpunktmöglichkeiten im Bereich der Innenstadt sowie in den Stadtteilen ein. Für die freie Entfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit ist es wichtig, dass Kindern und Jugendlichen ausreichend Freiflächen und Räume im Grünen zum Spielen, Sport treiben und Freund*innen treffen zur Verfügung stehen. Wir werden gerade angesichts der Verdichtung des städtischen Raumes bedarfsgerechte und vielfältig nutzbare Freiflächen einfordern. Alle Menschen sollen sich sicher in unserer Stadt bewegen können, auch die Kinder. Deshalb setzen wir uns für kindgerechte Fuß- und Radwege, sichere Schulwege und Spielstraßen ein, um Kindern und Jugendlichen einen sicheren Aufenthalt im öffentlichen Raum gewährleisten zu können.

Bildung

Bildungspolitik genießt weiterhin höchste Priorität. Wir stehen dafür ein, die Aufgaben und Herausforderungen in Zusammenarbeit mit den Lehr- und Betreuungskräften, Schüler*innen und Eltern gemeinsam zu lösen.

Die Corona-Pandemie hat besonders negative Auswirkungen auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen gehabt. Wir nehmen die Folgen, die sich daraus in Bezug auf Bildungsnachteile und Bildungsgerechtigkeit ergeben haben, in den Blick und bieten, wo erforderlich, besondere Förderangebote an.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagsschulangeboten ein, um für eine sowohl quantitative als auch qualitative Verbesserung der Betreuung zu sorgen. Damit leisten wir einen echten Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stärken besonders Kinder aus gesellschaftlich benachteiligten Familien. Die Schulentwicklungsplanung soll durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Lehr- und Betreuungskräften, Eltern, Schüler*innen, der Jugendhilfe, dem Regionalzentrum Inklusion, den Hochschulen und außerschulischen Bildungsträgern gestaltet werden. Darüber hinaus berücksichtigen wir durch eine regelmäßige Evaluation des Schulentwicklungsplans sich ändernde Bedarfe, z.B. für eine weitere Integrierte Gesamtschule (IGS). Wir sorgen für eine gute Infrastruktur aller Schulformen (Grundschulen, Integrierte Gesamtschulen, Oberschulen, Gymnasien und Berufsschulen). Dabei erkennen wir den besonderen Unterstützungsbedarf für Schulen mit einem hohen Anteil an Schüler*innen aus gesellschaftlich benachteiligten Strukturen (beispielsweise mit Fluchtbiografien oder Migrationshintergrund) an. Wo möglich wollen wir Schule als Lebensraum mit Ruhebereichen und Schulgärten planen. In den Mensen soll ein gesundes und klimabewusstes Ernährungsangebot (bio, regional und fair) die Verpflegung der Schüler*innen bereichern und gleichzeitig ein Bewusstsein für eine gesunde und nachhaltige Ernährung schaffen.

Gute Bildung für alle braucht einen gleichberechtigten Zugang zu einem inklusiven Bildungssystem. Wir wollen Kitas und Schulen, in denen Kinder sowohl unabhängig von ihrem sozialen, kulturellen und ökonomischen Hintergrund als auch unabhängig von ihren Fähigkeiten miteinander lernen können. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung aller Schulen zu inklusiven Schulen, etwa durch niedrig-

schwellige Jugendhilfeangebote, Schulbegleitung und Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Bildungspartner*innen.

Die Digitalisierung an den Schulen muss zügiger umgesetzt werden, um bessere Lernbedingungen zu ermöglichen. Schulen stehen vor der Herausforderung, jungen Menschen Kompetenzen für den reflektierten Umgang mit digitalen Medien mit auf den Weg zu geben. Dazu gehört eine gute Ausstattung aller Schulen mit zuverlässiger IT-Infrastruktur und ausreichend technischem Support vor Ort. Außerdem setzen wir uns bei der Landesregierung für bedarfsgerechte Fortbildungen der Lehrkräfte in der didaktischen Arbeit mit digitalen Medien ein.

Die neu entstehende Grundschule auf dem Fliegerhorst bietet die einmalige Chance zur Umsetzung eines innovativen Konzepts der Beschulung. Über die partizipative Erarbeitung mit Fachexpert*innen soll eine zukunftsgerichtete pädagogische Architektur geschaffen werden. Diese Umsetzung soll Schüler*innen eine optimale Lernumgebung bieten und Vorbild werden für andere Schulen.

Lebenslanges Lernen wird zukünftig immer wichtiger werden, der Bedarf an Weiterbildung und Umschulung wächst stetig. Dieser Entwicklung tragen wir Rechnung, indem wir die Partner*innen im Bereich der Weiterbildung stärken. Wir unterstützen die Volkshochschule Oldenburg mit ihrem vielfältigen Kursangebot für Menschen jeden Alters zum Erwerb von Bildungsabschlüssen, zur Alphabetisierung, zum Erwerb digitaler Kompetenzen oder zur Persönlichkeitsentwicklung und zu Nachhaltigkeitsthemen.

Umwelt, Klimaschutz und Klimaanpassung

Der Stadtrat hat bereits beschlossen, dass Oldenburg bis spätestens 2035 klimaneutral sein muss. Wir stehen in der Pflicht, unseren Beitrag zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels (Pariser-Abkommen) zu leisten, um die schlimmsten Folgen der Klimakatastrophe abzuwenden. Wir mindern den Verbrauch von Ressourcen und Energie nachhaltig und fördern umweltschonende Technologien. Nicht nur unsere Verkehrs- und Baupolitik richten wir nach diesen Kriterien aus.

Wir werden die Einzelbeschlüsse aus dem Leitantrag „Ein zukunftsfähiges Oldenburg – Ansätze für wirksamen Klima- und Umweltschutz auf lokaler Ebene“ nach schnellstmöglicher und effektiver Umsetzung priorisieren. Die Maßnahmen fließen in ein neues Oldenburger Klimaschutzkonzept. Dabei werden alle relevanten Handlungsfelder (Öffentliche und private Gebäude, Verkehr, Stadtentwicklung/Öffentlicher Raum, Gewerbe, Industrie, Ernährung, Einbindung der Zivilgesellschaft und Fachöffentlichkeit) mit Zielvorgaben hinterlegt und ein Weg zur Klimaneutralität mit konkreten Maßnahmen dargestellt. Bei allen Maßnahmen, die Bürger*innen finanziell treffen, ist die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen zu prüfen und ggf. ein Ausgleich zu schaffen.

Dem Rat der Stadt werden in regelmäßigen Abständen, im Rhythmus von 2 Jahren Zwischenziele und Zwischenberechnungen bis zur Zielerreichung – Klimaneutralität bis 2035 – vorgestellt und Anpassungsmaßnahmen vorgeschlagen. Die Klimaauswirkungen von Großprojekten werden von der Verwaltung quantifiziert.

Klimafreundlicher ernähren – Ernährungsstrategie mit Leben füllen

Ernährung und Landwirtschaft tragen durch herkömmliche Produktion und Konsum zu einem großen Anteil zu Klima- und Umweltbelastungen bei.

Wir werden eine Oldenburger Ernährungsstrategie voranbringen und dabei die Akteur*innen der Wertschöpfungskette und der Zivilgesellschaft einbinden. Die städtischen Konzepte zur Schul- und Kita-Verpflegung sollen kontinuierlich weiter entwickelt werden. Bei städtischen Veranstaltungen und in

allen städtischen Einrichtungen soll der Anteil vegetarischer und veganer Gerichte erhöht werden und eine Kennzeichnung bezüglich ökologischer, fairer, regionaler und saisonaler Qualitätskriterien erfolgen. Wir fördern die Informationspolitik zu Ernährungsverhalten, Nahrungsmittelverschwendung und Herkunft von Nahrungsmitteln

Bürger*innen einbinden

Klima- und Naturschutz funktionieren nur, wenn die Menschen bereit sind, den Schutz ernst zu nehmen und ein hoher Sensibilisierungsgrad erreicht ist. Die Menschen in ihrem Wohnumfeld wissen am besten, wo Renaturierung stattfinden oder ein neuer Baum gesetzt werden könnte.

Die Einbindung/Beteiligung der Bürger*innen in Maßnahmen zum Klimaschutz wird bei Entscheidungen, die das unmittelbare Wohnumfeld betreffen (Änderungen im Verkehrsbereich, Wassermanagement, Renaturierung) vorgeschrieben. Der Beteiligungsprozess verläuft mit ausreichend zeitlichem Vorlauf, ist niedrigschwellig (möglichst allen Betroffenen zugänglich) möglich und wird zusammengefasst der Öffentlichkeit vorgestellt und bei der Entscheidung berücksichtigt.

Wir wollen durch einen Runden Tisch den Austausch mit Zivilorganisationen verstetigen. Im Vordergrund stehen dabei die Aspekte Klima- und Artenschutz, ökologische Nachhaltigkeit, Tierhaltung, Gesundheit und Fairer Handel.

Die Wochenmärkte in den Stadtteilen sollen gestärkt werden. Wir unterstützen Urban gardening, die Nutzung von Streuobstwiesen in den Stadtteilen, und den Erhalt von Kleingärten. Wir fördern sozial-ökologische Kleinprojekte mit einem jährlichen Fonds sowie regelmäßige öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie z. B. das Überlassen von städtischen Grünflächen für Gemeinschaftsgärten, Informationsveranstaltungen über Direktvermarktungsstrukturen usw., um die Bürger*innen für das Thema weiter zu sensibilisieren.

Wir loben in regelmäßigen zeitlichen Abständen einen Energie- und Klimaschutzpreis aus.

Maßnahmen zur Klimaanpassung schon heute dringend notwendig

Oldenburg muss sich auf eine höhere Durchschnittstemperatur einstellen und sich besser an den Klimawandel anpassen. Starkregenereignisse und lange und heiße Trockenphasen während der Vegetationsperiode haben wir in den vergangenen Jahren zunehmend erlebt. Wir benötigen ein Wassermanagement für einzelne Stadtgebiete. Dazu gehören Konzepte zur Vermeidung von Überflutungen sowie für extreme Trockenphasen im Sommer.

Umweltschutz ist Klimaschutz

Bäume und Stadtgrün leisten einen wesentlichen Beitrag zur Klimaanpassung. Bäume kühlen die Stadt, sorgen für frische Luft und minimieren Lärm. Wir werden eine Baumerhalt- und Stadtgrünstrategie für den öffentlichen und privaten Raum entwickeln. Wir werden dabei die Bürger*innen einbinden, um insbesondere Bäume auf Privatgrundstücken zu erhalten und neue im gesamten Stadtgebiet zu pflanzen.

Grünstreifen tragen nicht nur zum besseren Abfließen des Wassers bei, sie leisten auch einen Beitrag zur Biodiversität im städtischen Bereich. Bürger*innen sollen ermutigt und unterstützt werden, deutlich mehr öffentliche Flächen in Eigenverantwortung pflegen zu dürfen. Wir unterstützen und fördern Vorhaben, die einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität im Stadtgebiet leisten, z.B. Blühwiesen, bunte Grünstreifen und Streuobstwiesen.

Müllvermeidung und -entsorgung: plastikfrei und ressourcenschonend

Plastikmüll hat von der Entstehung bis zum Zersetzungsprozess erhebliche Auswirkungen auf den Klimawandel und auf die Umwelt. Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll werden in Anreizsystemen ausgebaut werden.

Veranstaltungen wie „Oldenburg räumt auf“ tragen erheblich zur Müllvermeidung bei. Mit einem weiteren Tag im Herbst sensibilisieren wir zu einem bewussteren Umgang mit Plastik. Wir werden die Mülltrennung im öffentlichen Raum vorantreiben.

Wertstoffkreislauf stärken

Metalle in Elektroaltgeräten geraten nur zu 50% zurück in den Wertstoffkreislauf. Mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb werden wir Konzepte erarbeiten, um mehr niedrigschwellige Möglichkeiten zu schaffen, Altgeräte abzugeben. Es gibt gute Konzepte deutlich mehr Recyclingbaustoffe bei Neubauten zu verwenden. Bei der Neubauplanung öffentlicher Gebäude werden wir darauf achten, diese Baustoffe vermehrt einzusetzen.

Weitere Forschungsmittel für Klimaschutz nach Oldenburg holen

Oldenburg ist ein hervorragender Forschungsstandort. Wir haben das Potenzial, viele Projekte in den Bereichen der Energiegewinnung und Effizienz auszuweiten. Wir machen uns stark für weitere Forschungsprojekte, die zu mehr Klimaschutz und einer sauberen Umwelt beitragen.

Wirtschaft

Standortfaktoren stärken

Oldenburg ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine attraktive Stadt. Die als hoch empfundene Lebensqualität trägt zur wirtschaftlichen Anziehungskraft und damit auch zur Sicherung des Fachkräftebedarfs bei. Maßgebliche Standortfaktoren, wie eine gute soziale Infrastruktur, eine tolerante und diverse Stadtgesellschaft, Investitionen in den Klimaschutz, ein vielfältiges kulturelles und sportliches Angebot sind zu erhalten.

Wir machen wirtschaftliche Impulse aus der Universität und den ihr angeschlossenen Instituten und der European Medical School für die Stadt nutzbar. Mit dem Technologiepark Oldenburg (TPO) und dem MediTech Oldenburg (MTO) auf dem ehemaligen AEG-Gelände hat Oldenburg Gewerbeflächen für die Zukunftsthemen unserer Stadt bereitgestellt. Mit dem TGO fördern wir seit 20 Jahren junge Existenzgründer*innen, die sich mit ihren Unternehmen zum großen Teil erfolgreich in unserer Stadt etablieren konnten, haben neue zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen und wesentlich zum Gewerbesteueraufkommen beigetragen.

Innenstadt für alle weiter entwickeln und zukunftsfest gestalten

Die Innenstädte sind europaweit von einem tiefen Wandel betroffen. Einst durch impulsgebenden Einzelhandel gekennzeichnet, sind schon längst tiefgreifende Veränderungen bspw. durch Leerstände sichtbar geworden – auch in Oldenburg. Die Corona-Pandemie hat den Druck auf den Einzelhandel und damit die Leerstands-Situation verschärft.

Die beschlossene Innenstadtstrategie gilt es weiter schnell und konsequent umzusetzen und mit kreativen Ideen weiter zu entwickeln. Die nördliche Innenstadt ist um den Bereich Pferdemarkt bis hin zum ZOB zu erweitern und in die Planungen einzubeziehen. Für uns ist es wichtig, gemeinsam mit allen Beteiligten, auch dem Bündnis Innenstadt, die Innenstadt „weiter zu denken“ und zu einem

attraktiven Ort für alle Menschen zu entwickeln. Die Eigentümer*innen der Immobilien sehen wir in einer besonderen Mitverantwortung. Die Stadtverwaltung soll in einem intensiven Dialog mit ihnen für eine gemeinsame Strategie werben. Insbesondere zur Stärkung der Innenstädte gibt es zahlreiche Fördermöglichkeiten. Diese müssen für nachhaltige Maßnahmen eingeworben werden.

Alle Menschen sollen sich in der Innenstadt treffen, aufhalten und wohlfühlen können. Deshalb werden wir die Aufenthaltsqualität erhöhen. Unsere Innenstadt hat noch viel mehr zu bieten als die Möglichkeit des Konsums – wir entwickeln weitere Konzepte zum Wohnen, Arbeiten, für kulturelle und soziale Begegnungen und für kreative Orte und setzen diese um. Dazu gehört auch mehr sicherer öffentlicher Raum für Fußgänger*innen und mobilitätseingeschränkte Personen. Wir unterstützen Investitionen der Stadt in leerstehende Immobilien, beispielsweise durch eine (Zwischen)nutzung für soziale und kulturelle Angebote sowie für Bildungseinrichtungen. Außerdem stärken wir nachhaltige Angebote wie Unverpackt-Läden, Repair-Cafés sowie regionalen Tourismus.

Stadtteilzentren stärken

Wir stärken die Stadtteilzentren. Für eine wohnortnahe Versorgung, kurze Wege und soziale Orte erhalten wir die Angebote in den Stadtteilen. Wenn nötig, werden diese erweitert. Dazu muss unter anderem das Einzelhandelsentwicklungskonzept entsprechend an die Anforderungen der Stadtteile angepasst werden.

Nachhaltige Wirtschaft fördern

Wir unterstützen Unternehmen, die sich für einen nachhaltigen, sozialen und ökologischen Fortschritt einsetzen. Um zukunftsfest aufgestellt zu sein, muss eine Wirtschaftsförderung mehr auf kooperative und regionale Wirtschaftsformen setzen. Es gilt, Arbeitsplätze krisenfest zu machen sowie wirtschaftliche und soziale Resilienz zu stärken. Dazu gehört auch, dass wir insbesondere solche Unternehmen fördern, die die innerbetriebliche Mitbestimmung und Tariftreue achten und für gute Arbeitsbedingungen, Inklusion und Gleichberechtigung sorgen. Wir schaffen ebenso Anreize für die Nutzung regenerativer Energiequellen und regionaler Rohstoffe und Produkte. Wir entwickeln nachhaltige Vergabekriterien für Gewerbeflächen und ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept. Besonders nachhaltige Formen wie die "Share & Repair Economy" ("teilen – tauschen – reparieren") wollen wir bekannter machen und stärken. Wir setzen Impulse zur Einführung von Nachhaltigkeitsberichten und Gemeinwohnbilanzen und unterstützen die Vernetzung von nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Unternehmen, um daraus eine Innovationsstrategie für eine sozial-ökologische Wende zu entwickeln. Wir wollen unter anderem die Förderung des im TGO angesiedelten "GO" ausbauen und Start-ups als Motoren der wirtschaftlichen sowie sozial-ökologischen Innovationen fördern. Insbesondere wollen wir den Frauenanteil der Existenzgründer*innen stärken, z.B. durch eine stärkere Berücksichtigung bei Förderprogrammen.

Haushaltspolitik

Unsere Leitlinie ist eine sozial gerechte und nachhaltige Haushaltspolitik. Wir investieren in den Klimaschutz, die Klimafolgenanpassung, die Infrastruktur und die Bildung, erforderlichenfalls auch kreditfinanziert. Langfristig werden wir Altschulden abbauen.

Wir investieren weiter in den Kita-Ausbau, die Schulen sowie in die Bereiche Soziales und Mobilität. Zu den Ausgaben für das Gemeinwohl zählen auch die freiwilligen Leistungen für Institutionen, Einrichtungen und Vereine im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Hier werden wir uns weiter engagieren und insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie berücksichtigen.

Fördermittel

Um die großen Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität in 2035 stemmen zu können, müssen die Förderprogramme des Landes, des Bundes und der Europäischen Union maximal genutzt werden.

Geschlechtergerechte Haushaltspolitik

Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen auf die Gleichstellung werden analysiert und geeignete Steuerungsmaßnahmen für einen geschlechtergerechten Haushalt (Gender Budgeting) eingeführt. Eine Evaluation nach der Einführungsphase wird vorgenommen. Bei den finanzpolitischen Maßnahmen handelt es sich sowohl um die Investitionen als auch um laufende Ausgaben des städtischen Haushalts.

Kultur für alle

Ein breites und vielfältiges Kulturangebot erhöht die Lebensqualität der Stadt, ermöglicht Austausch und Begegnung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die kulturelle Vielfalt Oldenburgs wollen wir deshalb erhalten und eine breite kulturelle Teilhabe sicherstellen.

Kulturelle Vielfalt und Teilhabe stärken

Wir fördern die Weiterentwicklung von kulturellen Angeboten in ihrer Vielfalt, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen. Damit verbunden ist auch Kultur im öffentlichen Raum. Die städtische Kulturförderung soll bestehenden Kultureinrichtungen und Initiativen Planungssicherheit geben. Wir fördern Kooperationen und ermöglichen neuen Initiativen und Akteur*innen sich in der Kulturlandschaft zu etablieren. Angebote in den Stadtteilen werden wir stärken. Wir erleichtern dadurch allen Menschen den Zugang zu Kultur und kultureller Bildung. Im Zuge dessen setzen wir uns für mehr Aktivitäten von und für Kinder(n) und Jugendliche(n) ein. Pädagogische Kulturarbeit soll, vor allem in Verbindung mit dem Besuch von kulturellen Einrichtungen, kostenfrei gestaltet sein. Die kulturelle Bildung, insbesondere die musikalische und kreative Früherziehung sowie die Leseförderung müssen gestärkt werden. Damit Jugendliche selbstbestimmt Kultur gestalten und erleben können, wollen wir mehr Proberäume und andere Angebote schaffen.

Wir setzen auf eine Kulturpolitik, die mehr interkulturelle Begegnung und Angebote für alle Altersgruppen zum Ziel hat. Die Ausgestaltung soll dabei inklusiv und barrierefrei erfolgen. Insbesondere unterstützen wir Kunst, Kultur und Musik, die nicht am Markt bestehen kann. Kulturschaffende sollen Freiräume haben und unter guten Rahmenbedingungen arbeiten. Wir fördern deshalb die Weiterentwicklung der Oldenburger Kulturszene und unterstützen neue Initiativen.

Kultur braucht Raum in der Stadt. Deshalb setzen wir auf die stärkere Öffnung städtischer Liegenschaften, den Ausbau von Zwischennutzungen in der Innenstadt und den Stadtteilen. Wir setzen uns für Kultur im öffentlichen Raum und die Etablierung digitaler Formate und Angebote ein.

Der Kultursommer soll auch künftig so weit wie möglich kostenlos sein. Darüber hinaus wollen wir beispielsweise über ermäßigte Eintrittsgelder allen Menschen Kultur zugänglich machen.

Stadtmuseum

Die Bündnispartner unterstützen die Planungen für das Stadtmuseum. Mit dem Neubau, der die „Neue Galerie“ ersetzt und der Modernisierung der historischen Villen werden die Angebote und Aufgaben sowie die Ausrichtung des Stadtmuseums erweitert. Die historischen Villen werden dadurch zu einem eigenständigen kulturellen Angebot aufgewertet. Ziel ist, das Museum stärker zu öffnen und zu einem

Ort der Begegnung zu machen. Mit der Neugestaltung des Stadtmuseums sollen auch Menschen angesprochen werden, die bislang keinen Zugang zu Museen gefunden haben. Wichtig ist dafür eine bessere konzeptionelle Ausgestaltung der Nutzung, die Einbeziehung digitaler Museumskonzepte und die verstärkte Kooperation mit Kulturschaffenden, Schulen und Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft. Das Stadtmuseum soll ein besonderer Ort werden, an dem Oldenburgs Geschichte, aber auch Gegenwart und Zukunft der Stadt erfahrbar sind.

Erinnerungskultur

Erinnerungskultur ist uns wichtig. Wir bauen sensibilisierende Maßnahmen aus und setzen uns für aktives Erinnern an Oldenburger Geschichte im Hinblick auf jüdische Geschichte und die Geschichte von Sinti*zze und Rom*nja ein. Wir fördern die kritische Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und unterstützen den Fond „Fonds für Toleranz und gegen Faschismus und Rassismus“.

Sport – Bewegung fördern und Zusammenhalt stärken

Das Vereinsleben leistet für den Alltag vieler Menschen einen wichtigen Beitrag. Neben der Möglichkeit, Sport zu treiben, stehen Begegnung und das Miteinander im Mittelpunkt. Wir fördern die Vereine und das dortige ehrenamtliche Engagement. Die Corona-Pandemie mit ihren Kontakt- und Sportbeschränkungen hat die Sportvereine in besonderer Weise getroffen. Wir werden die Vereine in ihrem Bemühen unterstützen, ihr Angebot und ihre Mitgliederzahlen zu stärken. Wir setzen uns für ein „Wochenende des Sports“ in der Innenstadt und in den Stadtteilen ein, an dem sich Vereine den Bürger*innen präsentieren können.

Der Sportentwicklungsplan muss durch den Sportausschuss und die Expert*innen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die gute Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund ist uns wichtig. Wir stehen zu den Sportförderrichtlinien, da sie eine sinnvolle Struktur für die Organisation und Koordination des Sports in Oldenburg bieten sowie den Sportbetrieb und die vereinseigenen Sportanlagen sichern.

Wir geben neuen Projekten Raum, greifen neue Trends im Sport auf und unterstützen diese. Dies bedeutet auch die Förderung des nicht organisierten Sports durch Schaffung und Erhaltung von Flächen. Deshalb beziehen wir die Sport- und Bewegungsflächen in die Stadt(teil)entwicklung ein. Wir unterstützen Gemeinschaften außerhalb von Vereinsstrukturen und stärken sozialpädagogische Fanprojekte, da sie einen wichtigen Beitrag für das soziale Miteinander leisten.

Wir wollen städtische Sporthallen instand halten und die Stadtteilbäder sanieren. Nachhaltige Kriterien wenden wir bei Planung, Bau, Pflege und Betrieb von Sportstätten an und fördern die energetische Sanierung. Zudem bringen wir die inklusive Ausstattung von Sportstätten voran.

An der städtischen Bäderstrategie, einschließlich der Pläne zum Sport- und Gesundheitsbad am Flöteich halten wir fest. Dieses neue Bad soll vor allem ein Gesundheitsbad werden und zur Schwimmversorgung von Schulen dienen. Der Erhalt des BTB-Bades kann ein wichtiger Baustein sein zur Verbesserung der Schwimmmöglichkeiten für Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind in Oldenburg Gelegenheit bekommt, schwimmen zu lernen.

Digitalisierung

Digitalisierung voranbringen, Infrastruktur und Verwaltung für das 21. Jahrhundert

Die Digitalisierung werden wir dazu nutzen, um kommunalpolitische Teilhabe, Mitbestimmung und Information zu stärken. Sie bietet die Chance, Oldenburg als Lebensraum und Wirtschaftsstandort noch attraktiver zu gestalten. Wir stellen die technologische Infrastruktur einer Smart City zur Verfügung, setzen uns für den zügigen Ausbau des Glasfasernetzes und für ein kostenfreies und zeitlich unbegrenztes WLAN an möglichst vielen öffentlichen Plätzen ein. Die Verankerung des Themas Digitalisierung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und internationale Zusammenarbeit wird dieses wichtige Querschnittsthema sichtbarer machen.

Das Projekt „Energetisches Nachbarschaftsquartier“ ist das erste Projekt von einer Folge von Projekten in dem Wohnquartier und Reallabor „Helleheide“ auf dem Fliegerhorst, in dem Gebäude mit höchsten energetischen Standards errichtet werden. Durch Partizipation soll auch mit Hilfe moderner Technik eine aktive Nachbarschaft von Beginn an entwickelt werden. Die Straßen stehen vorrangig Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen zur Verfügung und PKW werden in einer Quartiersgarage abgestellt. Vorbildhafte Ergebnisse werden wir soweit möglich auf weitere Quartiere übertragen.

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung und öffentlicher Einrichtungen werden wir erheblich beschleunigen und optimieren, die IT-Ausstattung und die Software-Anwendungen der Verwaltung fortlaufend modernisieren. Wir bauen eine Online-Plattform, mit der die Bürger*innen einen einheitlichen, attraktiven und barrierefreien digitalen Zugang zu allen Angeboten der Stadt Oldenburg erhalten. Soweit möglich sollen alle Anliegen online und mit einer aktuellen, jederzeit abrufbaren Statusverfolgung abgewickelt werden können. Dazu gehört auch das Angebot von Video-Gesprächs-Terminen mit dem Bürgeramt.

Wir setzen uns für digitale Beteiligungsformen ein und knüpfen dabei an vorhandene Plattformen wie „gemeinsam.oldenburg.de“ an und werden digitale Bürgerforen als Ergänzung zu Präsenzveranstaltungen anbieten.

Die Digitalisierung unserer Schulen werden wir deutlich verbessern, indem wir eine verlässliche IT-Infrastruktur, anwenderfreundliche Schulsoftware, digitale Unterrichtsmaterialien und einen guten technischen Support sicher stellen. Zur Ausstattung mit mobilen Endgeräten gehört zugleich, dafür Sorge zu tragen, dass alle Nutzer*innen die erforderlichen digitalen Kompetenzen erwerben. Im Rahmen unseres kommunalen Handlungsspielraums werden wir die didaktische Arbeit mit digitalen Medien fördern.

Die digitale Vernetzung von Angeboten wie Carsharing, Leihfahrrädern oder -rollern etc. ist für uns Teil der Mobilitätswende. Wir setzen uns hier für die Schaffung einheitlicher und offener Standards ein. Im öffentlichen Nahverkehr sollte die digitale Anzeige der „echten“ Abfahrtzeit an Bushaltestellen zum Standard werden.

Bei allen Chancen, die digitale Konzepte für eine Stadt wie Oldenburg bieten, dürfen wir die ältere Generation nicht vergessen. Nicht wenige fühlen sich bei der raschen technischen Entwicklung abgehängt. Die Stadt wird daher immer entweder analoge Alternativen oder eine niedrigschwellige Beratung bei der Nutzung digitaler Schnittstellen anbieten.

Außerdem muss beim Ausbau der digitalen Infrastruktur immer ein konsequenter Datenschutz beachtet werden.